



Viel erreicht, noch einiges zu tun!

Die Halbzeitbilanz von SP und Grüne Kanton Bern zur rot-grünen Regierungsmehrheit ist positiv: Die Berner Regierung leistet ausgezeichnete Arbeit in einem schwierigen Umfeld. Dennoch bleibt einiges zu tun, um die Lebensqualität der Berner Bevölkerung weiter zu verbessern. Daniel Furter

Die rot-grüne Regierungsmehrheit setzte klare Akzente. Für mehr Wohlstand setzt sie auf die Förderung der Zukunftsbranche Cleantech und auf eine Stärkung der Tourismusdestinationen. Bei der Energiepolitik ging die rot-grüne Berner Regierung voraus und hat bereits vor der Reaktorkatastrophe in Japan den Weg in eine Zukunft ohne Atom aufgezeigt. Aber auch bei der Verbesserung unserer Luftqualität und dem Einsatz für mehr Biodiversität hat sie Pionierarbeit geleistet.

Finanzpolitisch steht der Kanton Bern in einer schwierigen Situation. Dabei hat der Regierungsrat Handlungsfähigkeit bewiesen und mit kluger Politik einen Weg der Vernunft gefunden. Weitere Erfolge sind die Revision des Finanz- und Lastenausgleichs, der für den Zusammenhalt des Kantons zentral ist.

Auch bei der Bildung und der Kultur schuf der Regierungsrat fortschrittliche Grundlagen. Schliesslich nahm er Weichenstellungen zur Verbesserung der

Anstellungsbedingungen beim Kantonspersonal vor, um als Arbeitgeber wieder konkurrenzfähig zu werden. Die rot-grüne Regierung konnte trotz des erschwerten politischen Umfelds ihre Ziele erreichen, weil sie vorausschauend denkt und konsensorientiert handelt.

Für die Parteileitungen von SP und Grünen bleibt dennoch Handlungsbedarf für die zweite Legislaturhälfte. Das AKW Mühleberg soll schnellstmöglich abgeschaltet werden. Die Politik des ständigen Nachrüstens mit immer neuen Mängeln ist weder wirt-

schaftlich noch wird sie von der Bevölkerung akzeptiert. Auf der anderen Seite sind weitere Sparmassnahmen bei der Bildung absolut ausgeschlossen.

Weiter fordern SP und Grüne, dass die Gesundheitsversorgung weiterhin im ganzen Kanton sichergestellt ist. Damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen, braucht es eine gewisse Steuerung und ein innovatives Vorgehen bei Gesundheitszentren und im Rettungswesen. Für Menschen, die in Armut leben, muss mehr getan werden – sei es durch Steuerbefreiung des Existenzminimums, Familienergänzungsleistungen oder Förderung von preisgünstigem Mietwohnungsbau. Schliesslich muss die Umgestaltung der beiden Berner Pensionskassen auf eine personalverträgliche Art und Weise umgesetzt werden.



Unsere rot-grünen Regierungsmitglieder leisten ausgezeichnete Arbeit.

Manu Friederich

20 ERFOLGE DER ROT-GRÜNEN REGIERUNG IM KANTON BERN

- Ausbau des Angebots bei Kindertagesstätten
- Volksschulgesetz mit der freiwilligen Einführung Basisstufe
- Unterstützung bei der Schulsozialarbeit und Ausbau des Tagesschulangebots
- Früherkennung von Brustkrebs ab 2013
- Stärkung der Hausarztmedizin und konsolidierte Spitalversorgungsplanung
- Einführung einer umfassenden Armuts- und Sozialberichterstattung
- Kulturfördergesetz mit Stärkung der Kulturvermittlung
- Steigerung der neuen Lehrverträge um 20 Prozent
- Wirtschaftsstrategie 2025 mit Förderung Cleantech
- Tourismusentwicklungsgesetz mit verbessertem Marketing
- Verstärkte Arbeitsmarktkontrollen (Flankierende Massnahmen)
- Lohnmassnahmen, um konkurrenzfähiger Arbeitgeber zu bleiben
- Neues Universitätszentrum VonRoll und neuer FH-Campus Biel/Bienne
- Fortschrittliches Energiegesetz als Schritt zum Atomausstieg
- Wasserstrategie für ökologischen Ausbau der Wasserkraft
- Förderung und Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Massnahmen zur Verbesserung der Luftqualität
- Aktionsprogramm Biodiversität
- Weiterführung Hochwasserschutzprogramm
- Kanton als vorbildlicher Bauherr (Holzbauten, Minergie P)

TSCHOU

« Tschou zäme ...

... i bi d Sabina – die einti vo de Vizepräsidentin. Es gab manche Gelegenheit für diesen Satz in den letzten eineinhalb Jahren, als ich mit zahlreichen Sektionen auf der Strasse stehen, am Tisch



sitzen oder auf Wanderungen gehen durfte. Die SP Kanton Bern hat für mich in meiner Zeit als Vizepräsidentin viele

Gesichter erhalten. So vielfältig wie die Regionen sind, sind auch die Menschen, die sich engagieren. Was für die meisten gilt: Sie leisten Freiwilligenarbeit. Wir sprechen oft über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir sprechen (zu) selten über all die weiteren Vereinbarkeiten, die unser System erfordert. Viele SP-ler/innen sind nicht nur in der Partei aktiv, sondern auch in Vereinen, der Feuerwehr, der Kirche, ...

Solche Engagements verankern die SP auch an Orten, wo der Boden steinig ist. Gleichzeitig begrenzen sie die Zeit, die für die Partei zur Verfügung steht. Solange wir im Milizsystem tätig sind, müssen wir uns immer wieder die Frage nach den Prioritäten stellen. Und wir werden sie je nach Lebensphase verschieden beantworten.

Nachdem ich eine neue Arbeitsstelle angetreten habe, heisst es für mich: Ab dem 1. Juli bin ich wieder ein normales Basismitglied, das sich vor Ort engagiert. Ich sage deshalb als Vizepräsidentin «Tschou». Oder lieber: «Auf Wiedersehen»!

Sabina Stör Büsschen
Vizepräsidentin SP Kanton Bern



SPITZE FEDER

Der unantastbare Fleck Bern

Sie ist in aller Munde, wer sie angreift, verbrennt an ihr die Finger: Die Reitschule, auch liebevoll «dr Schandfleck vo Bärn» genannt.



Diesmal sind es die Finger des Genossen Christoph Lerch, die verbrannt wurden. Ich bin sicher, dass sein Entschluss unab-

hängig von seiner politischen Farbe fiel, doch müssen wir uns klar von seiner Entscheidung distanzieren.

Lärmbeschwerden vs. Kulturleben: Wenn wir uns für eine Politik «Stadt für alle statt für wenige» einsetzen, müssen wir uns der Verhältnismässigkeit bewusst sein.

Ja zur Person Lerch, Nein zur Anordnung des Regierungstatthalters, der in diesem Falle als Opfer der Umstände und der Machtspiele anderer gesehen werden kann, die noch mehr Angst vor dem Feuer haben – wie zum Beispiel der Gemeinderat...

Die Reitschule ist anders – wer das nicht sieht, hätte 2010 besser Ja zu marktkonformer «Schliessung und Verkauf» stimmen sollen.

Was wir fordern, ist ein Lex Reitschule – eine Regelung, die der Reitschule ihren Sonderstatus ermöglicht; eine Legalisierung der Situation auf dem Vorplatz, da hier Gesetze in krasser Diskrepanz zur Realität stehen.

Anstatt uns deswegen zu kritisieren und uns unseren Ausgang mit Repressionen zu vermiesen, seid stolz; und denkt mal 20, 30 Jahre zurück. Wart ihr anders?

Herzlichst in Rot

Michelle Stirnimann,
Co-Präsidentin JUSO Kanton Bern,
Gymnasiastin

Michael Stahl



Ein Botschafter für den Kanton Bern: Regierungspräsident und Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher

«Bern ist eine Schweiz im Kleinen»

Seit Anfang Juni ist SP-Regierungsrat Andreas Rickenbacher Berner Regierungspräsident. «links» hat mit ihm über seine Ziele im Präsidentschaftsjahr 2012/13 gesprochen.

Andreas, herzliche Gratulation zu deiner Wahl!

Vielen Dank, ich freue mich sehr auf diese neue Aufgabe.

Welche Ziele hast du für «dein» Jahr?

Ich möchte drei Schwerpunkte setzen. Erstens will ich zusammen mit meinen Regierungs-Kolleginnen und -Kollegen Botschafter für unseren schönen Kanton sein. Bern ist kein Kanton wie jeder andere, er ist eine «Schweiz im Kleinen». Dieses Verständnis will ich fördern – nach aussen, aber auch nach innen.

Wieso eine «Schweiz im Kleinen»?

Wir sind wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich eine Art «Swissminiatur»: Wir haben viele starke KMU und einzelne Grossunternehmen. Wir sind der grösste Industriestandort der Schweiz, aber auch ein Landwirtschafts- und Tourismuskanton – und dank der Hauptstadtreion das politische Zentrum. Als landwirtschaftlich vielfältiger Kanton bie-

ten wir Rückzugsgebiete für die Natur, unser Engagement für die Bewahrung der Biodiversität ist für das ganze Land wichtig. Zudem sind wir ein multikultureller Kanton mit einer französischsprachigen Minderheit und bilden eine der grossen Konfliktlinien der Schweiz ab: Den wachsenden Graben zwischen Stadt und Land.

Weshalb ist dieses Verständnis des Kantons Bern so wichtig?

Unser Kanton hat in der Schweiz eine spezielle Rolle zu spielen – als Brücke zwischen den sprachlichen Kulturen und zwischen Stadt und Land. Man kann ihn nicht einfach mit flächenmässig kleinen Zentrumsantonen vergleichen.

«Unser Kanton hat in der Schweiz eine spezielle Rolle zu spielen.»

Oder mit solchen, die eine eidgenössisch finanzierte ETH und einen interkontinentalen Flughafen haben.

Du spielst auf den Finanzausgleich an?

Auch, ja. Mit all den Diskussionen über Berner Stärken und Schwächen dürfen wir nicht den Zusammenhalt unserer Willensnation gefährden.

Apropos Zusammenhalt: Die Zusammenarbeit zwischen Regierung

und Parlament gestaltet sich mitunter schwierig ...

Als früherer Grossrat weiss ich, dass das Verhältnis selten einfach ist, unabhängig von den politischen Mehrheiten. Parlament und Regierung haben unterschiedliche Funktionen und Verantwortlichkeiten. Nach sechs Jahren rot-grüner Mehrheit in der Regierung und bürgerlicher Dominanz im Grossen Rat sind die Fronten verhärtet. Diese aufzuweichen – das ist mein zweites Ziel als Regierungspräsident. Das politische Räderwerk darf nicht verzahnen!

Wie willst du das schaffen?

Ich will den Kontakt pflegen und das gegenseitige Verständnis fördern. Es ist legitim, dass das Parlament versucht, seine Politik durchzusetzen. Aber der Grosse Rat muss respektieren, dass wir als Regierung den Spielraum im Rahmen der Gewaltenteilung ebenfalls nutzen. Auch der Regierungsrat wird vom Volk gewählt. Mit der anstehenden Parlamentsreform bietet sich eine gute Möglichkeit, ein bisschen Öl ins Räderwerk zu träufeln.

Und dein drittes Ziel?

Als Regierungspräsident will ich im Gremium ein Klima schaffen, das konstruktive Diskussionen zulässt und es uns ermöglicht, Lösungen für die anstehenden – grossen – Herausforderungen zu finden.

Die FriedensFrau von Bern

Ruth-Gaby Vermot-Mangold erhielt am 6. März den «Women and Children First Award» für das Engagement bei der Nominierung von 1000 Frauen für den Friedensnobelpreis. Links.BE fragte unsere frühere Nationalrätin, wo das Projekt «FriedensFrauen Weltweit» heute steht. Interview: Angelika Neuhaus

Was bedeutet dir der Preis?

Ich habe mich sehr gefreut. Der Preis ist eine schöne Wertschätzung für meine internationale Arbeit für Frauenrechte, aber auch für die Friedensfrauen.

Wo steht das Projekt «FriedensFrauen Weltweit» heute?

2005 haben wir 1000 Frauen für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen – bekanntlich erhielten die Frauen den Preis nicht. «FriedensFrauen Weltweit» ist ein weiterhin aktives Netzwerk. Das Sekretariat in Bern koordiniert und entwickelt gemeinsam mit Frauen in verschiedenen Ländern Projekte. Mit der Ausstellung «Ohne Frauen – Keinen Frieden» machen wir das grosse Friedensengagement der Frauen sichtbar, denn dieser Einsatz muss endlich anerkannt und genutzt werden.

Welche Forderungen stellen die «FriedensFrauen Weltweit»?

In Kriegsgebieten erleben Frauen und Kinder Gewalt sehr direkt und sind ihr wehrlos ausgeliefert. Heute heisst es überall: Vom Krieg getroffen – von Friedensverhandlungen ausgeschlossen. Unsere wichtigste Forderung ist, dass Frauen an politischen Verhandlungstischen mitbestimmen können.

Wo sind die «FriedensFrauen Weltweit» aktiv?

Ein wichtiges Projekt ist die Bildung eines Pools von ausgebildeten Mediatorinnen, die bei Friedensverhandlungen teilnehmen können, denn Friedentische sind



Edouard Rieben

Ruth-Gaby Vermot-Mangold will mehr Frauen an die Friedentische bringen.

heute meist reine Männertische! Neben dem Sudan, Brasilien, Indonesien und Argentinien arbeiten wir mit Frauenorganisationen in Ägypten zusammen. An Dialogforen werden dort mehrere Hundert Frauen über ihre Rechte und den Demokratisierungsprozess diskutieren. Viele Frauen kämpften für eine demokratische Gesellschaft und für die Men-

schenrechte. Bei den Parlamentswahlen wurden jedoch nur neun Frauen gewählt und ihre Stimmen werden im ägyptischen Parlament kaum gehört. Der Aktionsplan aus den Foren wird ein wichtiges Instrument sein, sich Gehör und Recht zu verschaffen.

In der Schweiz ist die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann in der Bundesverfassung verankert. Frauenstrukturen werden als nicht mehr zeitgerecht empfunden – auch in der SP. Was denkst du?

Doch, es braucht weiterhin Frauennetzwerke, die sich explizit mit Frauenrechten beschäftigen. Das Erreichte muss gehütet und bestehende Defizite bekämpft werden. So sind viele Ziele in Bezug auf Karriere, Löhne, Kindertagesstätten noch lange nicht erreicht. Es braucht kritische Frauenorganisationen, die sich dieser Themen weiterhin annehmen und Instrumente weiterentwickeln, wie zum Beispiel Quoten. Frauen haben – im Gegensatz zu Männern – einen jahrhundertelangen Atem!

Was machte dir bei «FriedensFrauen Weltweit» am meisten Eindruck? Am meisten haben mich Frauen beeindruckt, die mit unglaublicher Energie, unerschrocken und unter schwierigsten Rahmenbedingungen Friedensarbeit leisten. In Flüchtlingslagern in Tschetschenien und Aserbaidschan habe ich Frauen getroffen, die Schulen

«Frauen haben – im Gegensatz zu Männern – einen jahrhundertelangen Atem!»

und kleine Spitäler bauten und alles daran setzten, dass das tägliche Leben trotz grossem Leid weitergeht.

Wohin führt deine nächste Reise?

Ich werde wahrscheinlich im November an den Dialog-Foren der ägyptischen Frauen teilnehmen. Mich interessiert brennend, wie die Ägypterinnen ihre politische Zukunft gestalten wollen.



SP-FRAUEN

Zur Hauptversammlung trafen sich die SP Frauen Kanton Bern im Musikkeller der Dampfzentrale. Leider kamen nur sehr wenige Frauen an die HV. Unser Ziel, eine spannende HV zu organisieren, wurde nur teilweise erreicht.



Wahlen

Cécile Leliane Schärer-Nguiamba wurde neu ins Leitungsgremium gewählt, alle anderen Mitglieder wurden in ihrem Amt bestätigt. Sandra Egli hat das Gremium verlassen, wir danken ihr auch hier herzlich für ihren Einsatz.

Zehn Jahre Fristenlösung

Anne-Marie Rey zeigte uns den langen Weg auf, den es bis zur Fristenlösung brauchte. Nach zehn Jahren Fristenregelung haben Abtreibungsgegner jetzt eine neue Volksinitiative «Abtreibung ist Privatsache» lanciert. Diese fordert, dass die Schwangerschaftsabbrüche und Mehrlingsreduktionen nicht mehr in der obligatorischen Krankenversicherung eingeschlossen sind. Die Initiative ist verlogen, gefährlich, frauenverachtend. Es geht nicht an, aus weltanschaulichen Gründen Versicherungsleistungen zu verweigern. Diese Volksinitiative muss abgelehnt werden.

Gleichstellung in der SP Schweiz

Eine Gruppe von jungen Frauen und Männern will die Gleichstellung noch stärker in der Partei verankern. Für einige stellt sich die Frage, ob die SP Frauen heute noch zeitgemäss sind. Die SP Frauen Kanton Bern begrüssen das Engagement zur Gleichstellung sehr. Sie sind aber klar der Meinung, dass es die SP Frauen Schweiz als «Lobbyorganisation» für Frauenanliegen weiterhin braucht.

Barbara Stalder Ritschard
Präsidentin SP Frauen Kanton Bern

RUTH-GABY VERMOT-MANGOLD

Dr. phil., Ethnologin. Politische Laufbahn: Stadträtin, Grossrätin, 1995-2007 Nationalrätin, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Präsidentin «1000 PeaceWomen across the Globe».

ENDSPURT

BSPV: 100 Jahre für die Staatsangestellten

Vor ziemlich genau 100 Jahren, am 30. Juni 1912, fand im Berner Grossratssaal die Gründungsversammlung für den heutigen Staatspersonalverband statt. 60 Beamte und Angestellte des Kantons nahmen an dieser Versammlung teil. Ende 1912 zählte der Verband schon 550 Mitglieder. Der Handlungsbedarf war gross: Die Mitarbeitenden des Kantons arbeiteten an sechs Wochentagen, es gab noch keine Altersvorsorge und materielle Not war auch bei den Staatsangestellten sehr verbreitet. Zwölf Jahre nach der Verbandsgründung, im Jahre 1912, führte der Verband den Rechtsschutz für seine Mitglieder ein. Diese Dienstleistung wird auch heute noch rege in Anspruch genommen. Heute zählt der Bernische Staatspersonalverband

BSPV fast 7000 Mitglieder, die in rund 40 Sektionen aufgeteilt sind. Die grösste Sektion des Verbandes ist der Polizeiverband Bern-Kanton.

Momentan steht der BSPV vor grossen Herausforderungen. Die beiden Pensionskassen für das Kantonspersonal, die Bernische Pensionskasse BPK und die Bernische Lehrerversicherungskasse BLVK, weisen grosse Unterdeckungen auf und müssen saniert werden. Aufgabe des Verbandes wird es sein, dafür zu sorgen, dass diese Sanierungen nicht auf dem Buckel der Arbeitnehmenden erfolgen.

Eine weitere Baustelle ist die Lohnsituation bei den bernischen Staatsangestellten. Im Vergleich zu seinen direkten Konkurrenten hat der Kanton Bern als Arbeitgeber in den vergange-

FEIER AM 22. JUNI

Öffentliche BSPV-Jubiläums- Abgeordnetenversammlung

Am 22. Juni 2012 feiert der BSPV im Berner Rathaus sein 100-jähriges Bestehen. Alle Mitglieder und Interessierte sind um 16.00 Uhr zur Versammlung mit anschliessendem Apéro bis ca. 18.00 Uhr eingeladen. Anmeldung bitte an die Geschäftsstelle: sekretariat@bspv.ch

nen Jahren stetig an Attraktivität eingebüsst. Zunehmende Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von qualifiziertem Personal sind die Folge. Mit der im letzten November von den Personalverbänden eingereichten Lohninitiative soll der Lohnanstieg wieder berechenbar gemacht werden.

Fazit: Es gibt noch viel zu tun und den BSPV braucht es weiterhin.



Peter Bernasconi
Präsident Bernischer
Staatspersonalverband
Grossrat SP



ROTES BRETT

Gratis ins:

SCHLACHTHAUS THEATER BERN

13./14./15./16.6.2012/20:00/Musiktheater
WIE FÜNF MÄDCHEN IM BRANNTWEIN
JÄMMERLICH UMKOMMEN

Jeremias Gotthelf auf der Münsterplattform – Schnaps und Heimat im Freilufttheater: 400asa kommt unter neuem Namen daher und zeigt mit seinen Künstlerfreunden vom Theater im Bahnhof Graz und der Ex-Miss-Schweiz bzw. Schauspielerin Nadine Vinzens ein kluges und böses Musical.

Pro Vorstellung erhalten zwei Personen gegen Vorweisen der SP-Karte freien Eintritt. Reservation direkt auf www.schlachthaus.ch >Institution «SP-Bern».

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch

MITGLIEDERWERBUNG LEICHT GEMACHT!

Mit unserer neuen Mitgliederwerbe-Broschüre überzeugst du dein Umfeld noch schneller, ebenfalls der SP beizutreten und eine Politik «für alle statt für wenige» mitzugestalten. Die Broschüren kannst du gratis bestellen bei sekretariat@spbe.ch oder unter Nummer 031 370 07 80. Merci für dein Engagement für eine mitgliederstarke Partei!

SP-BALLONE FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Die SP Kanton Bern hat neue Ballone mit unserem Slogan «Für alle statt für wenige». Bestellformular unter: www.spbe.ch/bestellungen

AGENDA

9. Juni

Parteitag der SP Kanton Bern

in Biel/Bienne. Weitere Infos:
www.spbe.ch/parteitag

18. Juni, 18.30 Uhr

Kurs: Ich kandidiere in meiner Gemeinde und will gewählt werden

SP Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern. Anmeldung bis eine Woche vor der Veranstaltung erforderlich: sekretariat@spbe.ch

Alle Termine

www.spbe.ch/agenda

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Daniel Furter
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
23. Juli 2012